

Nummer 16

19. April 1972

INFORMATION:

Inhalt

Martin J. Hillenbrand zum neuen US-Botschafter in Bonn nominiert

Hanoi beantwortete amerikanisches Verhandlungsangebot mit Invasion
in Südvietnam

-Wortlaut der Erklärung von Botschafter Porter-

USA verstärken Anstrengungen zur Sicherung der Energieversorgung

-Von unserem Sonderkorrespondenten-

Fachausstellung und Tagung "Kunststoffe und ihre Verarbeitung"

DOKUMENTATION:

Die Europäische Einigung und der Atlantische Partner USA

-Ansprache des Stellvertretenden Staatssekretärs für wirtschaftliche
Angelegenheiten im US-Außenministerium, Nathaniel Samuels-

WIRTSCHAFT:

Connally: Volles Vertrauen in den Dollar gerechtfertigt

-Auszüge aus einem Interview des US-Finanzministers mit der VOA-

US-Wirtschaftswissenschaftler nimmt zur internationalen Währungslage
Stellung

-Interview mit Lawrence B.Krause in Washington-

WISSENSCHAFT UND TECHNIK:

"Woche der Erde" - Nationale Aktion für Umweltschutz

amerika dienst

United States Information Service
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 300
Tel: 19-3240 Telex: 08-85432

Information

16/1972

MARTIN J. HILLENBRAND ZUM NEUEN US-BOTSCHAFTER IN BONN NOMINIERT

WASHINGTON --(AD)-- Präsident Nixon hat den Unterstaatssekretär für Europäische Angelegenheiten im State Department, Martin J. Hillenbrand, zum neuen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland nominiert. Er tritt an die Stelle von Kenneth Rush, der das Amt des Stellvertretenden Verteidigungsministers der USA uebernommen hat. Die Ernennung Hillenbrands muß noch vom amerikanischen Senat bestätigt werden.

Wie der stellvertretende Pressesekretär des Weißen Hauses, Gerald Warren, am 17. April zu verstehen gab, wird Hillenbrand, der seit Februar 1969 die Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium leitet, zunächst weiter als Koordinator der Pläne für die Reise Präsident Nixons nach der Sowjetunion fungieren. Warren konnte nicht sagen, wann ein neuer Unterstaatssekretär für Europäische Angelegenheiten ernannt wird.

Martin Joseph Hillenbrand wurde am 1. August 1915 in Youngstown im Staate Ohio geboren. Er erwarb 1937 an der Universität Dayton den Grad eines Bachelor of Arts und setzte dann seine Studien an der Columbia-Universität in New York fort, an der er 1938 zum Master of Arts promovierte und 1948 die Doktorwürde erlangte. 1963 wurde ihm von der juristischen Fakultät der Universität Dayton die Ehrendoktorwürde verliehen.

Hillenbrand

Hillenbrand ist Berufsdiplomat. Er trat 1939 in den Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten und war dann als Vizekonsul in Zürich (1939-1940), Rangun (1940-1942), Kalkutta (1942-1944) und Lourenco Marques (1944-1945) tätig. Im Oktober 1945 wurde Hillenbrand nach Bremen versetzt, wo er im März 1946 zum Konsul ernannt wurde.

Im akademischen Jahr 1949/50 absolvierte er an der Harvard-Universität zwei Studiensemester in Wirtschaftswissenschaften. Von 1950 bis 1952 leitete Hillenbrand die Unterabteilung Deutsche Regierung und Verwaltung im amerikanischen Außenministerium. Nach vierjähriger Tätigkeit als Erster Sekretär und Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der Vertretung der USA bei der NATO wurde er 1956 in Berlin Leiter der Politischen Abteilung bei der dortigen US-Mission. Nach Erhebung in den Rang eines Generalkonsuls im Februar 1958 wurde er im September in die Washingtoner Zentrale zurückgerufen, wo er zunächst als Direktor des Deutschland-Büros und dann als Sonderberater des Unterstaatssekretärs für Europäische Angelegenheiten und Direktor der Arbeitsgruppe Berlin tätig war. Als einer der jüngsten Diplomaten 1962 zum Gesandten ernannt, wurde Hillenbrand 1963 als stellvertretender Missionschef nach Bonn berufen, wo er bis 1967 wirkte.

Im September 1967 wurde Hillenbrand zum ersten amerikanischen Botschafter in Ungarn ernannt, nachdem die Vereinigten Staaten und Ungarn 1966 übereingekommen waren, ihre diplomatischen Vertretungen von Gesandtschaften zu Botschaften zu erheben.

Am 20. Februar 1969 wurde Martin J. Hillenbrand auf sein Amt als Unterstaatssekretär für Europäische Angelegenheiten im State Department vereidigt, nachdem ihn Präsident Nixon Anfang Februar für diesen Posten benannt hatte.

Hillenbrand ist mit Faith Stewart verheiratet. Sie haben eine Tochter, Ruth, und zwei Söhne, David und John.

Martin J.

Martin J. Hillenbrand ist Verfasser eines 1949 erschienenen Buches, das den Titel "Power und Morals" trägt und sich mit der Frage der Ethik in der Weltpolitik befaßt. Im Jahre 1960 wurde ihm die Superior Service Award, eine der höchsten Auszeichnungen des State Department, verliehen.

+++++

amerika dienst

United States Information Service
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 300
Tel: 19-3240 Telex: 08-85432

Information

16/1972

HANOI BEANTWORTETE AMERIKANISCHES VERHANDLUNGSANGEBOT

MIT INVASION IN SÜDVietNAM

-Wortlaut der Erklärung von Botschafter Porter-

PARIS --(AD)-- Präsident Nixon hat am 1. April auf geheimem Wege Hanoi wissen lassen, daß die USA zur Wiederaufnahme der Vietnamgespräche bereit seien. Die Antwort der Kommunisten sei jedoch die breit angelegte Invasion Südvietnams gewesen.

Dies erklärte der amerikanische Chefdelegierte bei den Pariser Vietnamgesprächen, Botschafter William J. Porter, am 13. April bei seiner Rückkehr nach Paris. Porter hatte sich zu Konsultationen in Washington aufgehalten.

Die Erklärung, die der amerikanische Botschafter bei seiner Ankunft abgab, hat folgenden Wortlaut:

"Ich werde hier heute vormittag vom Manuskript sprechen. Wir halten es für nützlich, eine kurze Erklärung abzugeben, um all den Unsinn aus der Welt zu schaffen, der sich im Zusammenhang mit den Pariser Friedensgesprächen angesammelt hat.

Sie

Sie werden sich daran erinnern, daß Präsident Nixon am 25. Januar in Übereinstimmung mit Präsident Thieu einen Acht-Punkte-Vorschlag unterbreitet hat, der ohne Frage eine vernünftige Basis für Gespräche und Verhandlungen darstellt. Sie werden sich ebenfalls erinnern, daß die andere Seite sich hartnäckig weigerte, gemeinsam mit uns unsere Vorschläge zu prüfen - oder auch die ihrigen, die sie zuvor in ultimativer Form auf der Basis unterbreitet hatte, daß sie ohne Widerrede zu akzeptieren seien. Die einzige Antwort, die wir auf den Acht-Punkte-Vorschlag des Präsidenten erhielten, war ein massiver militärischer Aufmarsch.

Am 23. März erklärten die südvietnamesische Delegation und die amerikanische Delegation, daß wir zukünftigen Zusammenkünften zustimmen würden, falls die andere Seite vorschläge, spezifische Themen im Zusammenhang mit einer friedlichen Regelung zu erörtern. Wir stellten ferner klar, daß wir selbst Zusammenkünfte vorschlagen würden, falls die Ereignisse dies wünschenswert erscheinen ließen. Dies war das aufrechte Bemühen, die Gespräche auf eine sachliche Basis zu stellen. Die Nordvietnamesen und der Vietcong verkündeten daraufhin lauthals, daß wir die Verhandlungen sabotierten. Man muß sich hier fragen, wie man etwas sabotieren kann, dessen Existenz sie nie zuließen.

Wie Sie wissen, kehrte ich zu Konsultationen nach den Vereinigten Staaten zurück.

Ich kann hier zum ersten Mal mitteilen, daß Präsident Nixon nach einer gründlichen Überprüfung der Situation persönlich anordnete, daß auf geheimem Wege eine Botschaft an die andere Seite übermittelt wurde, in der unsere Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Pariser Gespräche am 13. April erklärt wurde.

Die einzige Antwort auf dieses Angebot erfolgte in Form einer sich ausweitenden Invasion der Republik Südvietnam durch nordvietnamesische Truppen, was ein klassisches Beispiel für die Unwahrheit der Vietcong-Erklärung ist, daß

daß keine nordvietnamesischen Truppen an dieser militärischen Invasion beteiligt seien.

Wir haben seither Erklärungen gehört, daß die andere Seite Zusammenkünfte wünsche. Wir bezweifeln das nicht; aber niemand, der mit der Geschichte der Pariser Gespräche vertraut ist, kann behaupten, daß die Tatsache, Zusammenkünfte zu haben, gleichbedeutend mit der Tatsache sei, daß auch verhandelt werde.

Wenn wirklich der Wunsch zu verhandeln vorhanden ist, dann kann die andere Seite - wie wir ihr erklärt haben - uns das auf jedem Wege, den sie wünscht, wissen lassen. Und man wird uns bereit und willens finden, auf dieser Basis zu beginnen. Es ist hier schon zu viel Zeit vergeudet worden, was schlimm genug ist, aber der Gedanke, sich nur mit vorgehaltener Pistole zu treffen, was ebenfalls eine Zeitvergeudung wäre, ist sogar noch weniger akzeptabel.

Was nun die Zukunft angeht, so werde ich hier für einige Zeit bleiben, um damit die Möglichkeit zu einer Wiederaufnahme (der Gespräche) zu bieten, vorausgesetzt, daß die andere Seite zur Zusammenarbeit bereit ist."

Auf die Frage, wann Präsident Nixon seine Botschaft übermittelt habe, erklärte Botschaft Porter:

"Die Botschaft wurde am 1. April abgesandt und von der anderen Seite am 2. April empfangen."

+++++

16/1972

USA VERSTÄRKEN ANSTRENGUNGEN ZUR SICHERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

-Von unserem Sonderkorrespondenten-

WASHINGTON --(AD)-- Die Vereinigten Staaten verbrauchen wesentlich mehr Energie, als sie selbst produzieren, und sind auf diesem Gebiet - vor allem was Öl anbetrifft - von Einfuhren abhängig. Der Innenausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat sich vom 10. bis 18. April mit dem Problem der Energieversorgung befaßt, und die zuständigen Vertreter der Nixon-Administration haben versichert, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um die USA in dieser Hinsicht unabhängiger zu machen.

Wenn sich der Energieverbrauch weiterhin in dem bisherigen Tempo steigert, dann müssen die Vereinigten Staaten mit einer Verknappung von Öl, Gas und Strom rechnen. Trotz aller Anstrengungen wird es nach Auffassung von Regierungsvertretern zunächst zu gewissen Unbequemlichkeiten und Preissteigerungen kommen. Innenminister Rogers Morton versicherte jedoch vor dem Ausschuß: "Wir sind überzeugt, daß wir auf lange Sicht in der Lage sein werden, mit der Energiekrise fertig zu werden."

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, John Irwin, der anstelle von Außenminister Rogers vor dem Ausschuß erschien, hob hervor, daß es im Interesse Amerikas liege, die Abhängigkeit von importierter Energie auf ein

ein Minimum zu reduzieren. Die entsprechenden Maßnahmen müssten jedoch mit anderen Wirtschafts- und Sicherheitszielen vereinbar sein. "Gleichzeitig", so fügte der Staatssekretär hinzu, "sollten wir versuchen, unsere Politik enger mit der anderer Verbrauchernationen zu koordinieren" - vor allem mit Japan und westeuropäischen Nationen.

Der Ausschußvorsitzende Wayne Aspinall stellte fest, daß die Amerikaner mehr Energie verbrauchen, als sie produzieren, und ein Kollege von ihm verwies in diesem Zusammenhang auf die interessante Tatsache, daß die Vereinigten Staaten mit 209 Millionen Menschen nur sechs Prozent der Weltbevölkerung stellen, jedoch rund ein Drittel der Gesamtenergiemenge verbrauchen. Dabei wird mit einer jährlichen Zunahme von 3,5 Prozent gerechnet.

Der wissenschaftliche Berater Präsident Nixons, Dr. Edward David, und andere Regierungsvertreter nannten folgende Schritte auf diesem Gebiet:

- Industrie und Öffentlichkeit sollen zu rationellerer Nutzung der Energiequellen aufgerufen werden. So kann beispielsweise der Nutzeffekt von Kraftwerken von 35 auf 60 Prozent erhöht werden.

- Ölbohrungen sollen bis in größere Tiefe vorangetrieben und die Bohrungen vor der Küste intensiviert werden. Die Nutzung von verflüssigtem Erdgas und Kohle soll verstärkt werden. Ferner soll mehr Öl aus Kanada, Venezuela und anderen Ländern der westlichen Hemisphäre importiert werden.

- In diesem Jahrzehnt wird in verstärktem Maße Öl aus Alaska zur Verfügung stehen, und die Produktion von Öl aus Ölschiefer soll intensiviert werden. Ferner soll mehr Gas aus Kohle gewonnen werden, und auch Atomkraftwerke werden immer mehr Energie liefern. Die Versuche, mit Hilfe von Brutreaktoren auf dem Kernspaltungs- und Verschmelzungswege "saubere Energie" zu gewinnen, werden mit Hochdruck fortgesetzt.

- Im übrigen werden die Wissenschaftler in den nächsten Jahrzehnten mit Brennstoffzellen, Kombinationen von Gas- und Dampfturbinen und magneto-

magnetohydrodynamischen Experimenten arbeiten, um weitere Energiequellen zu erschließen. Schließlich wird man versuchen, durch Umwandlung von Sonnenenergie und Erdwärme, Nutzung der Gezeitenströme, des Windes und der Wärmeunterschiede von Ozeanen dem Menschen diese gewaltigen Energiereservoirs nutzbar zu machen.

Von Regierungsseite wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die USA in ihrer Energieversorgung zwar zu rund 50 Prozent vom Öl abhängen, daß die Lösung des Energieproblems jedoch alle möglichen Brennstoffe und Energiequellen einschließt.

Der Direktor des US-Amtes für Notstandsplanung, General George Lincoln, hob vor dem Ausschuß hervor, daß die Energiepolitik heute die gleiche Bedeutung und den gleichen Rang habe wie die Sicherheits- und Außenpolitik. "Die Sicherstellung der Energieversorgung wird rasch zu einer entscheidenden Komponente der nationalen Sicherheit", so erklärte er.

Die Vereinigten Staaten verbrauchen, wie vor dem Ausschuß dargelegt wurde, täglich 16 Millionen Barrels Öl - verglichen mit 12 Millionen Barrels in Westeuropa und annähernd 4 Millionen in Japan. Bis 1980 wird in den USA mit einem Anstieg des Verbrauchs auf 24 bis 30 Millionen Barrels pro Tag gerechnet und auf 24 Millionen Barrels in Westeuropa und 10 Millionen Barrels in Japan. Bis zum Jahre 2000 erwartet man eine Verdreifachung des Energiebedarfs.

Nach Schätzungen von Staatssekretär Irwin wird der amerikanische Ölbedarf im Jahre 1980 zu 35 bis 50 Prozent aus Importen gedeckt werden müssen. Gegenwärtig, so führte der Staatssekretär aus, werde "in allen Ecken der Erde", in der Arktis, im Gelben Meer, in Afrika und in Südamerika nach Öl gebohrt, und es sei durchaus möglich, daß sich die Vereinigten Staaten den Europäern und den Japanern in der Suche nach Öl in der östlichen Hemisphäre anschließen müssten. Nach Auffassung Irwins liegen fast drei Viertel der Weltreserven an Erdöl - rund 400 Milliarden Barrels - im Nahen Osten.

In

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die ölfördernden und exportierenden Staaten (OPEC) ihre Preise erhöht haben und jetzt den Mitbesitz an den Ölquellen und Raffinerien fordern. Man könne mit einem Anstieg der Ölpreise rechnen, so sagte Irwin, der die Gewinnung von Öl aus Ölschiefer wirtschaftlich lohnend mache. Damit sei aber auch praktisch eine Höchstgrenze für den Ölpreis gesetzt.

Übereinstimmend wurde im Ausschuß festgestellt, daß die amerikanische Energie die billigste in der Welt sei, daß die Amerikaner jedoch in Zukunft mit höheren Preisen rechnen und wohl in den nächsten Jahren auch noch einige Luftverschmutzung in den Städten hinnehmen müssten.

+++++

16/1972

FACHAUSSTELLUNG UND TAGUNG "KUNSTSTOFFE UND IHRE VERARBEITUNG"

--(AD)-- Vom 15. bis 19. Mai 1972 veranstaltet das US-Handelszentrum in Frankfurt am Main eine Fachausstellung zum Thema "Kunststoffe und ihre Verarbeitung". Bisher haben sich rund 20 amerikanische Hersteller angemeldet, die ihre neuesten Geräte und Verfahren auf diesem Sektor vorstellen werden. Parallel zur Ausstellung findet eine Vortragsreihe statt, die sich mit verarbeitungstechnischen Fragen befaßt.

Ausstellungs- und Tagungsunterlagen können beim US-Handelszentrum (600 Frankfurt am Main, Bockenheimer Landstraße 2-4) kostenlos angefordert werden.

+++++

16/1972

DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG UND DER ATLANTISCHE PARTNER USA

Wortlaut der Ansprache, die der Stellvertretende Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im US-Außenministerium, Nathaniel Samuels, am 14. April 1972 auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in

Leverkusen gehalten hat.

Die freundliche Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Teilnahme an dieser Veranstaltung ehrt mich sehr, und ich danke für die Gelegenheit, meine Gedanken über die Beziehungen eines sich zusammenschließenden Europas zu seinem atlantischen Partner - die Vereinigten Staaten - vor einem so außerordentlichen Kreis von Sprechern und Zuhörern, darlegen zu dürfen.

Die Strukturen der Zusammenarbeit und der Konflikte zwischen diesen beiden großen Partnern sind ebenso zahlreich wie vielfältig. Die grundlegende Harmonie, die unsere Beziehung charakterisiert, ist manchmal tief und sinnvoll, gelegentlich auch voller Dissonanzen und verwirrend. Kurz gesagt, unsere Gesellschaften sind von pulsierendem Leben erfüllt, und unser gegenseitiges Verhältnis läßt sich nicht immer mit dem wiederkehrenden Refrain einer abgedroschenen Melodie vergleichen.

Die Musik des Augenblicks ist nicht ohne Dissonanzen, hat aber dennoch ihre wesentliche und unlösliche Harmonie nicht verloren. Da keiner von uns, wie ich meine, den Wunsch hegt, daß unsere Beziehung von den Dissonanzen beherrscht wird, dürfte es uns wohl anstehen, einige Noten zu ändern, einige Akkorde neu zu fassen und einige Themen zu überarbeiten um den Völkern auf beiden Seiten des Atlantiks die Gewißheit zu geben, daß der angeschlagene Rhythmus ihren innersten Aspirationen gemäß ist.

Wenn

Wenn ich mehr Nachdruck auf die Harmonie als auf Dissonanzen lege, so tue ich dies, weil ich es im gegenwärtigen Zeitpunkt für notwendig halte, die fortbestehende Einigkeit in unseren Zielsetzungen zu bekräftigen und nicht etwa die Divergenzen hinsichtlich kurzfristiger Ziele zu betonen und auszuweiten.

Während der letzten Jahre haben sich - um ganz offen zu sein - die Vorstellungen der Vereinigten Staaten von Europa und die Vorstellungen Europas von den Vereinigten Staaten allmählich gewandelt. Vor 20 Jahren, als die europäische Gemeinschaft Gestalt anzunehmen begann, fragten sich viele Amerikaner, ob die umfassende Unterstützung, die wir diesem großen Vorhaben gewährten, einen mächtigen Mitarbeiter in der Weltpolitik oder eine mächtige dritte Kraft mit unsicherer Orientierung würde schaffen helfen. Manche nahmen an, daß ersteres der Fall sein werde und traten deshalb rückhaltlos für die Konzeption und den Inhalt eines integrierten und schließlich vereinigten Europas ein. Jenen hingegen, die das Entstehen einer mächtigen und unabhängigen dritten Kraft in der Weltpolitik voraussahen, wurde oft entgegengehalten, daß die Vereinigten Staaten eine derartige Entwicklung nicht zu fürchten brauchten - daß die moralische Gesundheit einer Nation wie des Individuums nicht durch Dominanz, sondern durch die Notwendigkeit gefördert und bereichert werde, Meinungsverschiedenheiten auszuräumen und eine gemeinsame Politik auf der Grundlage der Partnerschaft zu erstreben.

Heute, nach zwei Jahrzehnten der Erfahrung mit dem Prozeß der europäischen Einigung, ist die Realität einer mächtigen europäischen Körperschaft in der Weltpolitik gegeben, die aus einem zersplitterten Geflecht nationaler

nationaler Souveränität erwächst - einem Gebilde, das den grundlegenden Charakter seiner Bindungen zu den Vereinigten Staaten anerkennt, gleichzeitig aber auch seine eigene spezifische Identität zu finden sucht und entschlossen eine Position einnimmt, die es ihm gestattet, den Verlauf der Dinge im Sinne seiner eigenen Auffassungen und Interessen zu beeinflussen.

Die Verwirklichung unserer Vision und der Erfolg unserer Bemühungen stellen jedoch die Amerikaner ebenso wie die Europäer zwangsläufig vor die Notwendigkeit, ihre wechselseitigen Beziehungen der Welt der siebziger Jahre anzupassen, die sich bereits heute weitgehend von der der fünfziger Jahre unterscheidet, während die bipolare Welt der fünfziger Jahre im letzten Viertel dieses Jahrhunderts dem Entstehen multipler Machtzentren Platz macht.

Für die Amerikaner ist das sich entfaltende historische Schauspiel soweit es unsere Beziehungen zu Europa angeht, nicht ohne Probleme. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir gewaltige moralische Anstrengungen und materielle Hilfsquellen auf den Wiederaufbau Europas verwendet haben, daß wir auf diese Weise mithalfen, uns Konkurrenten wie auch Mitarbeiter zu schaffen, daß wir Kapital in großem Umfang und technisches Wissen im Überfluß exportiert haben, um wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen und die politische Stabilität um anderer und unserer selbst willen zu gewährleisten. Wenn wir einerseits die wirtschaftlichen Konsequenzen dieser beispiellosen Anstrengungen für die Vereinigten Staaten näher betrachten, stellen wir fest, daß unsere Exporte an Industrieprodukten in die europäische Gemeinschaft kräftig und unsere Ausfuhren an landwirtschaftlichen Produkten trotz der Behinderung durch Handelsschranken alles in allem - wenn auch vornehm-

vornehmlich bei ungeschützten Erzeugnissen - zugenommen haben, während unsere Auslandsinvestitionen geradezu beträchtlich gestiegen sind. Die europäische Gemeinschaft, Europa als Ganzes und die Vereinigten Staaten waren sichtlich sämtliche Nutznießer dieser Entwicklung - und mit ihnen im allgemeinen auch die Entwicklungsländer.

Andererseits erleiden die USA seit rund 20 Jahren laufend Zahlungsbilanzdefizite, weil staatliches und privates Kapital nach Europa und in andere Teile der Welt strömt, weil die weltweiten Strukturen in Handel und Produktion durch diesen Prozeß verändert wurden und weil die Verteidigungslasten fortbestehen. Hochtechnisierte Industrien haben ihrer eigenen Auslandskonkurrenz auf die Beine geholfen, weniger technisierten Industrien fällt es immer schwerer, sich angesichts der niedrigen Löhne in anderen Ländern zu behaupten, die Landwirtschaft wird daran gehindert, protektionistische Handelsschranken für verschiedene ihrer wichtigsten Exportprodukte zu überwinden, und der Geltungsbereich der unseren Interessen zuwiderlaufenden Handelspräferenzen dehnt sich vom Mittelmeer auf Afrika und nunmehr auch auf die nicht der Gemeinschaft angehörenden Länder Europas aus.

Auf dem Währungssektor sind wir, wie sich in der Rückschau auf unsere Erfahrungen während der letzten Jahre vor der jüngsten Neufestsetzung der Wechselkurse sagen läßt, oftmals nur einer widerstrebenden Bereitschaft seitens mancher Überschußländer begegnet, ihre Wechselkurse, ihre Steuer- und Geldpolitik sowie ihre Handelspraxis und Handelspolitik auf die Notwendigkeit eines besseren internationalen Gleichgewichts auszurichten.

Nach

Nach Ansicht von Beobachtern von außerhalb hat sich während der letzten Jahre ein deutlicher wenn auch subtiler Wandel vollzogen, in dessen Verlauf Europa, schwach und zaudernd im Aufschwung begriffen aber dennoch furchtsam, prosperierend aber ohne Glauben an sein Glück, entschlossen aber nicht selbstbewußt, fast unmerklich begann, seine eigene Stärke zu fühlen und seine eigenen Ziele mit nur begrenzter Rücksicht auf die Konsequenzen für andere zu verfolgen.

Ich weiß, daß viele unter Ihnen dies als eine unzutreffende und ungerechte Beurteilung mancher Züge der europäischen Politik und Einstellung ansehen werden. Wenn man jedoch die atlantische Partnerschaft mit europäischen Augen betrachtet, wird die Zurückweisung dieser Beurteilung verständlich. Nach europäischer Auffassung kam die Politik des generell offenen Handels mit Industrieprodukten und der ungehinderten Investitionen den amerikanischen Ausfuhren und Investitionen sehr zugute. Wenn die Agrarpolitik der europäischen Gemeinschaft gegenüber gewissen Agrarexporten der Vereinigten Staaten voreingenommen war, so war dies nach europäischer Auffassung mit Rücksicht auf die Anstrengungen zur Erreichung gewisser innerer sozialer und wirtschaftlicher Ziele Europas notwendig, die nur in mehreren Jahren erreicht werden können. Wenn Handelspräferenzen eingeräumt und erweitert wurden, die gewisse europäische und afrikanische Länder begünstigen, dann nur, weil die europäische Gemeinschaft glaubt, sie habe eine Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität im Mittelmeerraum und in Afrika übernommen, wo beide atlantischen Partner gemeinsame Interessen verfolgen. In europäischen Augen ist eine ähnliche Pol-

Politik auch gegenüber jenem Teil Europas notwendig, der sich nicht der Gemeinschaft anschließen wird - nicht nur zum Besten Europas, sondern auch um der grundlegenden und langfristigen Interessen der Vereinigten Staaten willen. Im monetären Bereich erblickt Europa in der im Laufe der Jahre erfolgten Ansammlung gewaltiger Dollarbestände einen greifbaren Beweis dafür, daß es sich wie ein stiller Teilhaber verhielt und gewisse Schritte der amerikanischen Außenpolitik, die es nicht selten mißbilligte, untätig hinnahm.

+ + +

Wenn ich heute so viel Zeit auf die Darlegung einiger der veränderten Betrachtungsweisen innerhalb der atlantischen Partnerschaft verwendet habe, dann geschah dies, weil ich auf einige wenige intellektuelle und haltungsmäßige Veränderungen hinweisen möchte, die meines Erachtens geeignet sind, unsere grundlegende Einigkeit in den Zielsetzungen und im Handeln endlich wieder mehr in den Vordergrund zu rücken und gleichzeitig störende Tendenzen auszufiltern, die auf eine Spaltung und eine Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten hindeuten.

Erstens müssen wir auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen das Prinzip der Universalität und der Nichtdiskriminierung mit der Praxis des zunehmenden Regionalismus in Einklang bringen.

Zweitens

Zweitens dürfen wir, auch wenn wir an den politischen Geboten einer in allen unseren Ländern vereinbarten Agrarpolitik festhalten wollen, die Vernunft nicht daran hindern, die diesbezügliche Politik auf beiden Seiten des Atlantiks zu durchdringen.

Drittens besteht eine weite geistige Kluft zwischen unseren Vorstellungen bezüglich der Verpflichtungen von Überschuß- ebenso wie von Defizitländern bezüglich der Zahlungsbilanzprobleme, die es zu überbrücken gilt.

Viertens müssen wir, was die Entwicklungsländer angeht, aus dem geistigen Wirrwarr herauskommen, in dem wir alle ratlos herumirren, und Klarheit bezüglich der Prinzipien schaffen, die auf Länder sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher und politischer Entwicklungsstufen anzuwenden sind.

Finftens müssen wir unsere bilateralen Beziehungen vertiefen und sie gleichzeitig in den wesentlichen und in der Welt von heute unentbehrlichen multilateralen Rahmen integrieren.

Im Hinblick auf den Handel, einschließlich des Agrarhandels, können wir nicht davon ausgehen, daß die Ausweitung eines einzelnen Marktes innerhalb eines begrenzten Raumes, und die Ausdehnung eines Netzes von Handelsprivilegien auf einige ausgewählte Länder außerhalb seiner geographischen Grenzen, automatisch im allgemeinen internationalen Interesse liegt. Vom Gemeinsamen Markt wurde erwartet, daß die Aufhebung der Handelsschranken innerhalb der Sechsergemeinschaft nicht nur deren eigenen Handel und deren

deren Wirtschaftswachstum stimulieren und fördern würde, sondern auch, daß die Dynamik dieses Prozesses auch Länder außerhalb dieser Zollunion zugute kommen werde. Wie wir alle wissen, haben sich diese Erwartungen fast in jeder Hinsicht erfüllt, und es herrscht deshalb die Überzeugung vor, daß die Erweiterung der Sechsergemeinschaft zur Zehnergemeinschaft zu einem noch größeren einheitlichen Markt sich wiederum stimulierend auf die Volkswirtschaften der Mitglieder wie der Nichtmitglieder auswirken wird.

Keiner von uns kann natürlich mit Sicherheit sagen, in welchem Maße der einheitlich europäische Markt im letzten Jahrzehnt zum allgemeinen Wachstum von Handel und Wirtschaft beigetragen hat und eine wie große Rolle andere Faktoren dabei gespielt haben. Wir sind überzeugt, daß die Erweiterung der europäischen Gemeinschaft durch die Aufnahme von Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland zum wirtschaftlichen Wohl Europas und der übrigen Welt beitragen wird; es würde Europa aber gut anstehen, wenn es im Zuge dieser Entwicklung die Vision eines universalen Handels und einer von Diskriminierung freien Welt im Auge behielte, anstatt zu versuchen, seinen Gewinn hinter den Mauern des agrarwirtschaftlichen Protektionismus und eines Systems von Präferenzabkommen mit Nichtmitgliedstaaten in Europa und Übersee zu konsolidieren. Bis jetzt gibt es wenige, wenn überhaupt irgendwelche Anzeichen, die auf Schritte in Richtung auf eine Modifizierung bestimmter, den Interessen der Nichtmitgliedstaaten zuwiderlaufender Maßnahmen hinweisen; das ist ein störendes Element in unseren Beziehungen. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die europäische Gemeinschaft die Augen nicht vor den Problemen schließen kann, die sich durch die Erweiterung der Gemeinschaft für das übrige Europa ergeben; wir erwarten aber auch, daß eine echte atlantische Partnerschaft die

die Gemeinschaft und die übrigen europäischen Staaten dazu bestimmt, ihre Verhältnisse in einer Weise zu regeln, die den Vereinigten Staaten nicht unannehmbare finanzielle Belastungen auferlegt. Wir verstehen die Sorge der europäischen Gemeinschaft um ihre Nachbarn im Mittelmeerraum und um die früheren afrikanischen Kolonien, entdecken aber in dem System der sogenannten umgekehrten Präferenzen Reste kolonialen Denkens und hoffen darauf, daß dieser Typ von Handelsbeziehungen allmählich aufgegeben wird.

Das Festhalten am System solcher Präferenzen wird unausweichlich Gegenreaktionen auslösen. Es könnte - wie dies bereits geschehen ist - einige Leute in anderen Ländern zu der Überlegung veranlassen, ob die Bildung von Handelsblöcken nicht in ihrem Interesse liege - sei es um ein Gegengewicht zum europäischen Handelsblock zu schaffen oder, um sich nicht vom europäischen Präferenzsystem erfaßte Märkte in anderen Teilen der Welt zu sichern. Jene Entwicklungsländer, die sich durch das europäische Präferenzsystem benachteiligt fühlen, stehen ihrerseits vor demselben Problem und werden sich fragen, ob sie sich nicht auch bestimmten Industriemärkten anschließen sollen.

Man kann jedoch die einzigartigen Bedingungen Europas nicht auf die übrige Welt anwenden. Die geographische Nähe, die historischen und kulturellen Bindungen, die politische Entwicklung und die wirtschaftlichen Verflechtungen, die eine europäische Gemeinschaft möglich gemacht haben, sind andernorts nicht gegeben. Der regionalen Zusammenarbeit ist eine gewisse Logik und Zweckdienlichkeit eigen und sie hat ihren eigenen Wert, aber wir können diese ihre Vorteile sicherlich mit einer weltweiten Ordnung vereinbaren und die

die Zersplitterung einer Weltgemeinschaft vermeiden, die der Zusammenarbeit und nicht der Spaltung bedarf.

Auf monetärem Gebiet habe ich von der Verpflichtung der Defizit- wie auch der Überschußländer gesprochen, Anpassungsprozesse als einen normalen Bestandteil des internationalen Lebens zu akzeptieren. Wir operieren innerhalb eines Währungssystems, in dem im allgemeinen noch immer die überlebte Auffassung vorherrscht, die Defizitländer seien verpflichtet, ihre Politik zu ändern, um ein besseres Ergebnis zu erzielen, während den Überschußländern keine solche moralische Pflicht obliegt, ihre Überschüsse auszugleichen. Beide stehen vor dem Problem, ihre äußeren gegen ihre inneren Zielsetzungen aufzuwiegen, beide haben aber auch - Defizit- wie Überschußländer - die Verpflichtung, das internationale System arbeitsfähig zu machen.

Auf beiden Seiten des Atlantik besteht ein großes Bedürfnis, die praktische Einsicht und die moralische Verpflichtung sowohl der Überschuß- als auch der Defizitländer zur Überzeugung zu erheben, daß es notwendig ist, eine Innen- und Außenpolitik zu betreiben, die auf ein Gleichgewicht in unseren Angelegenheiten hinzielt. In dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren viel erreicht worden, und unsere europäischen Partner haben ein Verständnis, eine Einsicht und eine Geduld an den Tag gelegt, die in den USA gut aufgenommen wurden.

Was die Entwicklungsgebiete der Welt angeht, kommen wir zu der Einsicht, daß sich gewisse Entwicklungsländer bezüglich des Standes und der Art ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark voneinander unterscheiden. Wir leben hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht alle in der gleichen

gleichen Zeit. Wenn ich zuvor von Universalität und Nichtdiskriminierung sprach, bezog ich mich hauptsächlich auf die im weitesten Sinne stärker entwickelten Gebiete der Welt, zu denen die Industrienationen und eine Reihe von Ländern gehören, die in ihrer Entwicklung auf einer Stufe zwischen einer industrialisierten und einer nichtindustrialisierten Gesellschaft stehen. Wir sind jedoch inzwischen vom Prinzip der Meistbegünstigung im Handel abgewichen, als wir der Konzeption allgemeiner Handelspräferenzen für weniger entwickelte Länder nähertraten, und es mag durchaus sein, daß die Welt es künftig für zweckmäßig hält, bei den einzelnen Gruppen von Entwicklungsländern stärker zu differenzieren, um unterschiedlichen Graden der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend Rechnung tragen zu können. Die beiden großen atlantischen Partner haben die gemeinsame Aufgabe und auch ein gemeinsames Interesse daran, ihre respektive Einstellung bezüglich der Hilfe für die weniger entwickelten Gebiete der Erde neu zu durchdenken.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort sagen über einen denkbaren Apparat zur Vertiefung der bilateralen atlantischen Beziehungen, das heißt die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der europäischen Gemeinschaft.

Die Notwendigkeit, uns Gedanken um einen solchen Mechanismus zu machen, erwächst aus dem Reichtum, der Breite und Mannigfaltigkeit unserer Partnerschaft. Die Haltung Amerikas und Europas zu Dutzenden von Problemen und Fragen stellt ein mächtiges und oft beherrschendes Element im internationalen Leben dar.

Es

Es wird natürlich zwischen uns ein Meinungs­austausch über zahllose Fragen jeder Art geführt, und wir haben in den letzten beiden Jahren eine sehr informelle Konsultativgruppe aus Vertretern der Vereinigten Staaten und der Europäischen Kommission gebildet, die sich mit bestimmten Problemen von gemeinsamer Interesse befaßt. Darüber hinaus kam es auch außerhalb der Konsultativgruppe zu einem rein informellen, ja fast persönlichen Gedankenaustausch mit den ständigen Vertretern der EWG-Mitgliedstaaten in Brüssel. Sollte die Gemeinschaft in Zukunft einen breiter ausgelegten und systematischer arbeitenden Mechanismus oder andere Mittel zur Abwicklung unserer Angelegenheiten von gemeinsamen Interesse vorschlagen wollen, werden wir gerne bereit sein, ihre Vorschläge zu erörtern.

Wir sollten jedoch die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß unsere Bemühungen um die Stärkung unserer bilateralen Beziehungen auf der Erkenntnis beruhen, daß ein solches Vorgehen die multilateralen Prozesse des internationalen Lebens bereichern kann. Wenn ein angemessener bilateraler Mechanismus mithilft, die Gewähr zu schaffen, daß die Politik des einen Partners den Interessen des anderen Rechnung trägt, wird dies auch sicherstellen helfen, daß wir beide den Interessen anderer Länder und anderer Kontinente Rechnung tragen.

Wenn ich heute nicht über unsere jeweiligen Beziehungen zu Japan, Kanada, Lateinamerika, Australien und Neuseeland, zum Subkontinent Indien und Pakistan, zu den kommunistischen Staaten in Europa und Asien sowie über unser Verhältnis zu einzelnen Ländern in allen Teilen der Welt spreche, dann deshalb, weil ich meine Ausführungen auf die atlantischen Beziehungen beschränken möchte. Es steht jedoch fest, daß die bilateralen Beziehungen

Beziehungen zwischen den europäischen und den amerikanischen Partnern keinesfalls die wünschenswerten und notwendigen bilateralen Beziehungen zu anderen Ländern oder die multilateralen Beziehungen und Institutionen beeinträchtigen dürfen, an den wir beide starken Anteil nehmen.

Die Vereinigten Staaten und Europa, das sowohl die der Gemeinschaft angehörenden als auch die ihr nichtangehörigen europäischen Länder einschließt, sind von einer Größenordnung und Bedeutung, die beiden eine gewaltige Rolle in der Weltpolitik und einen tiefreichenden Einfluß auf sie zuweisen. Die wahren Ursprünge meines Landes, unsere gemeinsame atlantische Geschichte, unser gemeinsames kulturelles Erbe, die gemeinsamen Qualen und Triumphe, die wir in allen Bereichen menschlicher Bemühungen erlebt haben, und das Gebäude unserer wirtschaftlichen Interdependenz - sie alle gehen ein in unsere heutigen Beziehungen auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Sicherheit, die ebenso natürlich wie notwendig sind. Zusammenarbeit und nicht Konfrontation, Wettbewerb und nicht Konflikt sind unsere Bestimmung.

+ + + + +

16/1972

CONNALLY: VOLLES VERTRAUEN IN DEN DOLLAR GERECHTFERTIGT

-Auszüge aus einem Interview des US-Finanzministers mit der VOA-

WASHINGTON -- (AD) -- Der amerikanische Finanzminister John B. Connally hat in einem Interview mit der Stimme Amerikas am 16. April versichert, die Finanz- und Währungspolitik der USA rechtfertige ein volles Vertrauen in den Dollar. Die wesentlichen Auszüge aus diesem Interview haben folgenden Wortlaut:

"Frage: Herr Minister, im vorigen Monat (März) gab es in Europa erneut recht hektische Spekulationen gegen den Dollar, und dem begegnete man hier in Washington mit außerordentlicher Ruhe. Ist diese Ruhe nun echt oder nur gespielt?

Antwort: Nein, ich meine sie ist echt... Wir glauben, daß wir auf dem Wege zu einer sehr starken wirtschaftlichen Expansion sind. Wir glauben, daß wir bei der Bekämpfung der Inflation mehr fertig bringen als irgend ein anderes großes Industrieland, ich weiß das. Wir glauben, daß unsere Preise und unsere Löhne mit einer geringeren Rate steigen als bei den anderen Industrienationen der Welt. Wir glauben daher, daß wir bis Ende dieses Jahres unsere Situation besser im Griff haben werden als die meisten anderen Länder, und es wird - und zwar zu Recht - in der ganzen Welt ein erneutes Vertrauen herrschen, daß wir unsere fiskalischen und monetären Angelegenheiten wirklich so behandeln, daß die Menschen volles Vertrauen in den Dollar haben dürfen.

Ich

Ich kann hier nicht umhin einzuwerfen..., was von manchen Leuten vielleicht als Hohn und Spott aufgefaßt wird..., daß ich immer darauf hinweisen möchte, daß der Dollar konvertierbar ist... hier und heute... und zwar voll konvertierbar in jede Ware oder Dienstleistung, die irgend jemand in der Welt von den Vereinigten Staaten kaufen will

Frage: Herr Minister, Sie haben zu erkennen gegeben, daß sie nicht glauben, die Verhandlungen über ein neues Währungsabkommen sollten in dem Forum der Zehnergruppe - jenem Forum, das das Smithsonian-Abkommen aushandelte - geführt werden. Was für ein Forum möchten Sie?

Antwort: Darf ich hier einen kleinen Einwand machen und vielleicht noch ein Wort dazu sagen. Ich habe versucht, klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Verhandlungen meiner Meinung nach nicht ausschließlich in der Zehnergruppe geführt werden sollten.

Ich glaube, die Zehnergruppe hat bei den Beratungen über ein neues internationales Währungssystem eine Rolle zu spielen, aber ich bekenne offen, daß es meiner Meinung nach zusätzliche Foren geben sollte, in denen diese Angelegenheit ebenfalls in allen Einzelheiten erwogen und erörtert wird; und ohne daß ich irgendwelche fixen oder starren Ansichten hätte, daß irgendeine Idee ausgeschlossen sein sollte, möchte ich doch sagen, daß die Erörterungen natürlich von den Nationen gepflogen werden sollten, die formell oder informell zur Zehnergruppe gehören.

Nach meiner Meinung sollten die Gespräche darüber hinaus unter den Nationen geführt werden, die dem Vorstand des Internationalen Währungsfonds angehören. Und ich bin nicht sicher, ob nicht sogar noch eine dritte - mehr oder weniger ad hoc zusammengekommene - Gruppe zumindest konsultiert werden sollte, und ich möchte meinen, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich alles nur Menschenmögliche tun würden, um mit in keiner dieser Gruppen vertretenen Nationen einige der Probleme zu erörtern, vor denen wir in dem neuen Währungssystem stehen werden.

Frage:

Frage: Es ist angeregt worden, daß andere Länder mehr tun sollten, um den Vereinigten Staaten und dem Dollar zu helfen, um größere Verantwortung zu übernehmen. Was können sie tun - was sollten sie tun - , um unserem Lande zu helfen?

Antwort: Da komme ich natürlich immer wieder auf etwas zurück, was ich für die eigentlich fundamentale Frage halte, daß wir nämlich unsere Währungsprobleme niemals wirklich lösen können, wenn wir nicht über ein System sprechen, das sehr häufige Aufwertungen und Abwertungen der verschiedenen Währungen in der Welt erlaubt, und wenn kein besseres Gleichgewicht in Handelsfragen geschaffen wird, denn das sind schließlich die Dinge, die die Diskrepanz in Zahlungsbilanzen hervorrufen.

In einigen Fällen können andere Nationen ohne Frage ihre Märkte öffnen. Ich glaube, das gilt sicherlich für Japan. Ich mache kein Hehl daraus. Ich habe meinen Freunden in Japan gesagt, daß sie bestimmte Praktiken üben, daß sie Dinge tun, die zu unserem Nachteil sind...., und daß es eine Grenze gibt, bis zu welchem Maße wir ihnen zugestehen können, den amerikanischen Markt zu sättigen, ohne daß auch wir für einige Produkte Zugang zu ihrem Markt hätten.

Das gleiche gilt auch für die Länder in aller Welt. Wir müssen mit allen von ihnen bezüglich von Änderungen unserer Handelspraktiken ins reine kommen.

Und schließlich möchte ich sagen, daß der größte Teil der übrigen Welt eine fundamentale Entscheidung zu treffen haben wird, bevor wir ein neues Währungssystem errichten können, und diese Länder müssen selbst - einzeln oder kollektiv - die Frage beantworten, ob sie jemals bereit sein werden, den Vereinigten Staaten einen Überschuß zuzugestehen.

Frage: Bedeutet das, daß sie Defizite in Kauf nehmen müssen?

Antwort: Das bedeutet, daß sie Defizite in Kauf nehmen müssen. Schließlich haben wir 22 Jahre lang ein Defizit in Kauf genommen. Unsere Defizite sind der Überschuß eines anderen. Wenn wir also irgendeine Art von Konvertierbarkeit aufrechterhalten sollen, dann liegt es auf der Hand, daß wir ein System haben müssen,

müssen, das uns ebenso erlaubt, zu gewinnen wie zu verlieren - oder wir können niemals eine realistische Konvertierbarkeit haben.

Wenn wir also wirklich eine Konvertierbarkeit im streng monetären Sinne haben sollen - eine Konvertierbarkeit in Reserveguthaben - dann werden wir ein System haben müssen, das den Vereinigten Staaten erlaubt, gelegentlich einen Überschuß zu haben.

Frage: ... In Amerika herrscht seit vielen Jahren eine gewaltige Begeisterung für den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt, und jetzt scheint diese Begeisterung durch eine gewisse Vorsicht gedämpft zu werden. Könnten Sie uns gewisse Hinweise darauf geben, auf die Überlegungen, die diesen Mangel an Begeisterung in Washington verursacht haben?

Antwort: Darf ich Ihnen darauf eine persönliche Antwort geben....

Ich glaube nicht, daß es ein Nachlassen der Begeisterung über den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt gibt. Wenn es heute eine gewisse Vorsicht im Denken der Leute in Washington gibt, dann deshalb, weil wir den Gemeinsamen Markt heute nach dem Gesichtspunkt betrachten, wie er in den siebziger Jahren verfahren wird.

Meine persönliche Auffassung ist die, daß trotz der besten Absichten Einzelner und von Regierungen in einer Zeit, da der Gemeinsame Markt versucht, sich als wirtschaftliche Einheit, als politische Einheit und als finanzielle Einheit zu vervollkommen, es unausweichlich ist, daß er nach innen blicken wird. Das muß so sein...., und ich meine das nicht kritisch.... Man wird einfach nach innen blicken, weil dort die Probleme liegen werden....

Was meiner Meinung nach uns angeht, ist, wie wir - wenn das der Fall ist - reagieren, wie wir uns in internationalen Währungsangelegenheiten und in Welt-handelsfragen verhalten werden. Das ist der einzige Anlaß zur Vorsicht...."

+++++

16/1972

US-WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER NIMMT ZUR INTERNATIONALEN WÄHRUNGS-LAGE STELLUNG

-Interview mit Lawrence B. Krause in Washington-

Lawrence B. Krause, der in internationalen Wirtschafts- und Finanzkreisen als anerkannte Autorität für währungs- und wirtschaftspolitische Fragen gilt, hat nach seinem Studium an der Universität von Michigan und der Harvard-Universität neben seiner Lehrtätigkeit an namhaften amerikanischen Hochschulen wichtige Stellungen im öffentlichen Dienst bekleidet. Unter anderem war er als Berater des State Department und des US-Sonderbeauftragten für Zoll- und Handelsfragen sowie in besonderen Missionen für den Wirtschaftsbeirat des Präsidenten tätig. Zahlreiche seiner Veröffentlichungen wurden in bekannten amerikanischen und internationalen Zeitschriften abgedruckt. In den letzten Jahren hat die Brookings Institution unter anderem seine Bücher "European Economic Integration and the United States", "Britain's Economic Prospects" sowie "Sequel to Bretton Woods: A Proposal to Reform the World Monetary System" herausgebracht. Krause, der im Dezember 1929 in Detroit geboren wurde und 1958 an der Harvard-Universität zum Dr. phil. promovierte, hat zahlreiche akademische Auszeichnungen und Ehrungen erhalten. Er wird Anfang Mai Vorträge in Frankfurt und Berlin halten sowie zu Gesprächen mit führenden Bankleuten zusammentreffen.

Frage: Glauben Sie, daß es für ausländische Zentralbanken notwendig sein wird, mehr Dollar aufzunehmen, damit die Neufestsetzung der Wechselkurse in den nächsten zwei oder drei Jahren richtig zur Wirkung kommen kann?

Antwort: Es mag durchaus notwendig werden, daß sie etwas mehr hereinnehmen. Ohne Frage werden bestimmte Zentralbanken mehr hereinnehmen müssen, da jedes Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Ländern stets in Dollar ausgeglichen wird. Wenn Frankreich oder Großbritannien ein Defizit haben und Deutschland weist einen Überschuß aus, dann erhält Deutschland Dollar, auch wenn Frankreich Dollar verliert. Ich rechne aber auch mit einem Rückfluß von Dollar, die früher aus spekulativen Gründen abgewandert sind. Sie werden ganz allmählich in den nächsten zwei Jahren zurückfließen, und dies wird zu einem Ausgleich beitragen. Aber Ihre Frage zielt in die richtige Richtung, nämlich daß es zwei Jahre dauern wird, bis die Verbesserung der Zahlungsbilanz aufgrund der Abwertung zum Tragen kommt. Es wird noch einer gewissen weiteren Finanzierung bedürfen.

Frage: Wird dies soweit ins Gewicht fallen, daß es für einige dieser Länder zu gewissen Problemen führt, wenn sie diese Dollar aufnehmen müssen?

Antwort: Die Aufnahme von Dollar führt zu zwei Arten von Problemen. Da ist einmal die Angst, man erhalte Geld, das dann an Wert verliert. Diese Befürchtung hat jeder Bankier, nicht nur ein Zentralbankier. Ich möchte meinen, daß sie diese Angst ertragen könnten. Es handelt sich hier nicht um Institutionen, die auf Gewinn aus sind. Sie erhalten einen guten Zinssatz. Und wenn die Alternative für sie Gold ist, dann ist es wohl klar, daß sie mit Dollar besser dran sind, denn der Zinssatz ist höher als jede vorstellbare Entwertung pro Jahr. Aber das ist nur das eine ihrer Probleme. Das zweite Problem ist die Inflation im Inland. Wenn Zentralbanken ausländische Währungen aufnehmen müssen, dann wirkt sich dies stimulierend auf die Geldausweitung im Inland aus. Darüber haben sie keine Kontrolle. Sie können dies auszugleichen versuchen, doch ist dies eine automatische monetäre Expansion innerhalb der

der Volkswirtschaft. Deutschland hat sich von Zeit zu Zeit diesem Problem gegenübergesehen. Es kann so schwerwiegend sein, daß es innerhalb ihrer Volkswirtschaften eine Inflation auslöst. Und das ist ihre Hauptsorge.

Das wird für sie auch weiterhin Anlaß zur Besorgnis sein. Zahlreiche Länder werden sich überlegen müssen, "wie können wir eine antiinflationäre Politik entwickeln, die nicht so stark von dem Währungssystem abhängig ist, wie dies in der Vergangenheit der Fall war".

Frage: In letzter Zeit ist davon gesprochen worden, daß einige Länder möglicherweise zu Währungskontrollen verschiedenster Art greifen werden, wenn sie vor die Notwendigkeit gestellt werden, Dollar aufnehmen zu müssen, und sie könnten Kontrollen einführen, statt Dollar aufzunehmen. Halten Sie das für möglich?

Antwort: Das ist eine reale Möglichkeit. Wenn Länder bei irgendeiner Sache ein Problem sehen, dann werden sie oft den direkten Weg einschlagen wollen. So hat sich Frankreich bei dem Kapitalzufluß in der Vergangenheit verhalten, und Italien hat eine solche Tradition aufzuweisen. Bei Deutschland ist das überhaupt nicht der Fall, und Großbritannien hat einen gemischten Kurs eingeschlagen. Das Problem bei solchen Kontrollen ist, daß sie nicht funktionieren, oder jedenfalls nicht sehr gut. Soweit sie den Zufluß abstoppen, wird etwas Natürliches und nicht etwas Unnatürliches verhindert. Es trifft den kleinen Mann, nicht die Großen. Und vor allem sind solche Kontrollen nicht sehr wirkungsvoll. Ich wäre überrascht, wenn Kontrollen eine Lösung des Problems wären.

Frage: Die Vereinigten Staaten sind von manchen Leuten kritisiert worden, weil sie nicht genug tun, um den Kapitalabfluß aus den Vereinigten Staaten zu kontrollieren. Können oder sollten die Vereinigten Staaten noch mehr tun?

Antwort: Ich möchte sagen, sie sollten etwas weniger tun. Kapitalkontrollen wurden eingeführt, um eine Abwertung zu verhindern. Man versuchte, unsere Zahlungsbilanz ohne Änderung des Wertes des Dollar zu korrigieren. Aber das

das ging nicht. Daher haben wir den Dollar abgewertet, und jetzt gibt es keinen Grund mehr für die Kapitalkontrollen, die wir haben. Natürlich würden Probleme aufgeworfen werden, wenn man sie plötzlich, über Nacht einstellen würde. Aber es ist ganz klar, daß wir in Richtung auf ihre Liberalisierung voranschreiten sollten, denn Kontrollen jeder Art sind in sich selbst nicht wünschenswert.

Frage: Wie steht es mit den Bewegungen kurzfristigen Kapitals? Muß etwas unternommen werden, um sie mehr unter Kontrolle zu bringen?

Antwort: Kurzfristiges Kapital reagiert sehr feinfühlig auf die jeweiligen Zinssätze in den verschiedenen Ländern; und die natürlichen Marktkräfte werden solche Geldabflüsse aus den Vereinigten Staaten sehr schnell weniger werden lassen, und sehr bald werden sie in der umgekehrten Richtung fließen. Wenn die amerikanische Wirtschaft in diesem Jahr und im kommenden Jahr - 1973 - weiter expandiert, dann werden wir wahrscheinlich kurzfristiges Kapital anziehen. Das dürfte kein Problem werden, da andere Länder über eine Menge Reserven verfügen, die sie abbauen können. Ich halte dies in diesem Jahr und im kommenden daher für ein weitaus geringeres Problem - von den natürlichen Wirtschaftskräften her gesehen -, als es im Augenblick aussieht.

Frage: Glauben Sie, daß irgendwelche Kontrollen oder irgendwelche neuen Methoden in Bezug auf die Bewegungen kurzfristigen Kapitals einen Platz in der langfristigen Reform des internationalen Währungssystems einnehmen werden?

Antwort: Absolut. Wenn wir ein festes System von Wechselkursen ohne irgendwelche Kontrollen des Handels und der Kapitalbewegungen haben wollen, dann werden wir einen Mechanismus zur Finanzierung solcher Bewegungen, falls sie auftreten, brauchen. Meines Erachtens werden schon allein die größeren Bandbreiten bei den Wechselkursen solche Bewegungen verlangsamen, und auch häufigere Veränderungen der Wechselkurse werden die Bewegungen verlangsamen. Aber ich glaube, die Regierungen wollen eine gewisse Sicherheit, mehr Sicherheit gegen die Möglichkeit plötzlicher Abflüsse, die ihre Reservebasis verschwinden lassen. Daher wird

wird dies Teil einer grundlegenden Gesamtreform sein. Es ist unvorstellbar, daß wir genügend Weltreserven schaffen könnten, so daß jedes Land über genügend Mittel verfügte, um damit gegen eine Verknappung im Falle kurzfristiger Kapitalbewegungen gesichert zu sein. Daher brauchen wir einen Mechanismus, eine Art Lagerhaus oder einen Bestand an Liquidität, der zur Finanzierung solcher Abflüsse benutzt werden kann. Mein eigener Vorschlag ist, daß dies der Internationale Währungsfonds (IWF) sein sollte. Aber es ist auch möglich, dies auf andere Weise zu arrangieren.

Frage: Sie sprechen von der Finanzierung solcher Kapitalbewegungen und nicht von ihrer Kontrolle?

Antwort: Absolut. Meines Erachtens kann man sie nicht kontrollieren. Ich glaube, wenn ein Mechanismus entwickelt würde, um sie zu kontrollieren, dann würde man damit das Kind mit dem Bade ausschütten. Man müßte jede einzelne internationale Transaktion kontrollieren. Sie werden feststellen, daß dann nicht nur Kapital, sondern auch Handel, langfristige Investitionen, Touristenverkehr, alle diese Dinge schließlich in Kontrollen enden würden. Und das wäre nicht wünschenswert.

Frage: Was halten Sie von einigen Hilfsmitteln, die in letzter Zeit benutzt wurden, wie verschiedene Depoterfordernisse bei Ausländereinlagen?

Antwort: Ich möchte das nicht als "Kontrolle" bezeichnen. Hier wird ein Preismechanismus angewandt, um sie weniger attraktiv zu machen. Natürlich müssen die einzelnen Länder sich darüber im klaren sein, daß man, wenn man bestimmte Arten von Kapital verteuert, andere Arten von Kapital, die eng hiermit zusammenhängen, nunmehr attraktiver macht. Anders gesagt, Geld kann durch beide Kanäle fließen. Sie können bestimmte Formen von Abflüssen verlangsamen. Einige von ihnen werden in unterschiedlicher Form abgelenkt. Das ist bekannt. Wenn man Kapitalkontrollen einführt oder in diesem Falle den Preis bestimmter Formen von Kapitalbewegungen verteuert, dann können Sie damit rechnen, daß die Geldabflüsse andere Kanäle finden. Aber man hofft, daß der Gesamtfluß dadurch verlangsamt wird.

+++++

16/1972

"WOCHE DER ERDE" - NATIONALE AKTION FÜR UMWELTSCHUTZ

Amerikanische Bürgerkomitees und Behörden appellieren an das
Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen

--(AD)-- Vor zwei Jahren begingen viele Tausende von Amerikanern, meist Studenten und Oberschüler, den "Tag der Erde", um ihrer Besorgnis über die bedrohte Umwelt nicht nur in Amerika, sondern in praktisch allen Ländern Ausdruck zu geben. Jetzt sind solche Aktionen auf eine ganze Woche ausgedehnt. Präsident Nixon ersuchte die Gouverneure der Bundesstaaten, in der "Woche der Erde" vom 17. - 23. April 1972 allen Bürgern Gelegenheit zu geben, sich an Programmen und praktischen Schritten zu beteiligen, mit denen die Umwelt restauriert werden soll.

Neben Bürgergruppen für Umweltschutz, die sich im ganzen Land gebildet haben, sind in diesem Jahr auch wichtige Regierungsbehörden an der Programmplanung für die "Woche der Erde" beteiligt. Sie bildet bereits einen Auftakt für die Umweltschutzkonferenz im Juni 1972, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Stockholm abgehalten wird.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Aktion "Woche der Erde" zeigten, wie Senator Gaylord Nelson erklärte, daß es Jahrzehnte nationaler Anstrengungen bedürfe, um die Umwelt zu restaurieren. Gleichzeitig führten die inzwischen gewonnenen Erfahrungen zu wichtigen Revisionen der ursprünglichen Pläne und

und Programme. Sie sind heute realistischer und stellen die Zeit besser in Rechnung, die für eine Beseitigung und künftige Verhinderung von Schäden tatsächlich gebraucht werden wird.

Umfragen lassen erkennen, wie groß die Unterstützung für Umweltschutzmaßnahmen in der Bevölkerung ist. 75 Prozent der Befragten erklärten dabei u.a., für eine ausreichende Finanzierung entsprechender Maßnahmen auch willens zu sein, mehr Steuern zu bezahlen.

Denis Hayes, der 1970 als Student die ersten Aktionen organisierte und heute im Auftrag der Smithsonian Institution Fragen des wirtschaftlichen Energiebedarfs untersucht, betont: "Heute versuchen wir, eine Bewegung auf sehr viel breiterer Basis zu bilden, die sich, um grundlegende Reformen zu erreichen, auch auf das Verkehrswesen und auf die Energieproduktion konzentriert."

Auf Grund einiger von Bürgervereinigungen für den Umweltschutz angestrebten Prozesse wurde beispielsweise der Bau einer Ölpipeline in Alaska zurückgestellt und die Vergabe weiterer Lizenzen für Ölbohrungen im Golf von Mexiko sowie der Bau neuer Kraftwerke vorläufig gestoppt. Mit solchen Prozessen sollen zwar solche Projekte nicht mit allen Mitteln unterbunden werden, aber man will sicherstellen, daß sie wirklich im Einklang mit den Umweltschutzgesetzen stehen.

Obgleich die Politiker von derartigen Bürgeraktionen nicht gerade entzückt sind, erklärte z.B. Innenminister Rogers C.B. Morton kürzlich vor einem Ausschuß des US-Senats: "Die Erwägung von Fragen der Umweltsituation bei bestimmten politischen Entscheidungen..... führte alles in allem dazu, daß jetzt mehr Informationen eingeholt werden und die Behörden Auswirkungen auf die Umwelt von vorneherein berücksichtigen. Auch die Öffentlichkeit wird mehr als bisher informiert, wie sich Maßnahmen der Regierung auf die Umweltsituation auswirken."

Ein

Ein Musterbeispiel dafür sind die zweieinhalbjährigen Untersuchungen im Auftrag des US-Innenministeriums zum Bau einer 1200 km langen Erdölleitung in Alaska, die von den Ölfeldern der Prudhoe-Bucht im Norden zum eisfreien Hafen Valdez im Süden führen soll, von wo aus Tanker das Öl zum Puget-Sund im Staate Washington und zu den kalifornischen Häfen bringen würden. In einem vielbändigen Bericht wurde Ende März 1972 das Ergebnis dieser Studie über das 3,5 Milliarden-Dollar-Projekt von sieben großen Ölfirmen veröffentlicht. Die Quintessenz: Es ist nicht möglich, ohne tatsächliche oder mögliche Schädigungen des Landes sowie der Tier- und Pflanzenwelt die Leitung zu bauen. Am meisten Kopfzerbrechen bereitet die Frage, wie ein Auftauen des unter Dauerfrost stehenden Bodens, über den 85 Prozent der Pipeline führen würde, zu verhindern sei. Das zweite große Problem ist die Forderung der Umweltschützer, das letzte große Naturparadies, das Alaska darstellt, unter allen Umständen zu erhalten. Um dem gerecht zu werden, schlug die Industrie vor, etwa die Hälfte der Strecke in einem Fels- oder Kiesbett, die andere Hälfte aufgeständert zu montieren, damit der Kontakt mit dem Permafrostboden verhindert und die Tierwanderungen nicht gestört werden. Die Entscheidung der Bundesregierung wird zurückgestellt, bis Präsident Nixons Beirat für Umwelthygiene, die US-Bundesbehörde für Umweltschutz und andere zuständigen Organe den Bericht des Innenministeriums studiert und entsprechende Empfehlungen unterbreitet haben.

Die Meinungen über mancherorts geäußerte Befürchtungen gehen auseinander, daß verstärktes Umweltbewußtsein zu übertriebenen Reaktionen führe, neue Projekte verzögere und in Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit sogar die Schließung bereits in Betrieb befindlicher Anlagen erzwingen. Allerdings warnen Sprecher der Industrie vor einem "Overkill", vor einem zu heftigen Vorpreschen in Umweltfragen. William D. Ruckelshaus, der Leiter des Bundesamtes für Umweltschutz, räumt ein, daß manche Umweltschützer tatsächlich "unmögliche" Gütegrade für Luft und Wasser forderten. Gleichzeitig weist er aber die Behauptung zurück, die Industrie werde mit Vorschriften zu stark gegängelt. Seine Behörde